

# **Stellungnahme der FDP zum Haushalt 2024 der Gemeinde Kirchlengern**

abgegeben durch Ratsmitglied Michael Blöbaum  
am Donnerstag, dem 18. April 2024

Sperrfrist: Beginn der Rede

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,  
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer sowie Vertreter der Presse,

sind die fetten Jahre nun vorbei?

In den letzten Jahren haben wir, trotz vorhandener negativer Rahmenbedingungen, immer das positive Gefühl haben können, über Zahlen abstimmen zu dürfen, die dem Grunde nach zufriedenstellend waren. Zwar gab es natürlich Gründe und Positionen um Vorhaben zu bemängeln und darüber zu streiten. Allerdings konnten die Zahlen und das Ertragsaufkommen als solide bezeichnet werden.

Ab diesem Jahr ist es jedoch offensichtlich so, dass der Wendepunkt erreicht zu sein scheint. So haben wir nicht nur für 2024 ein dickes Minus in der Planung zu verzeichnen; vielmehr ist auch im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung keine Besserung in Sicht.

Die Gründe sind vielfältig und werden nicht nur durch uns in Kirchlengern bestimmt. Vielmehr wird uns unser enges Korsett vorgegeben. Zum einen wird deutlich, wie wichtig die Gewerbesteuer für unseren Haushalt ist und wie froh wir, zumindest aus finanzieller Sicht, sein können, dass wir wirtschaftlich erfolgreiche starke Gewerbesteuerzahler im Gemeindegebiet haben. Allerdings geht an vielen die allgemeine wirtschaftliche Lage nicht spurlos vorbei. Wurden externe Faktoren, wie die Pandemie und die daraus resultierenden Lieferengpässe noch einigermaßen passabel abgefangen, sieht es nun deutlich schlechter aus. Die Inflation hat zu einer deutlichen Eintrübung des Konsums geführt; gleichzeitig sind private Investitionen während Corona vorgezogen worden und führen nun zu einem entsprechenden Auftragsrückgang.

Diesen Rahmenbedingungen kann sich auch unser Haushalt nicht entziehen, was im Zahlenwerk deutlich wird.

Bei dem Vergleich der Planansätze 2023 und 2024 für Aufwendungen im Bereich der allgemeinen Verwaltungstätigkeit und Finanzierung sei insbesondere auf folgende Punkte hinzuweisen:

- Anstieg der Schülerbeförderungskosten um 114 %
- Anstieg der Betreuungskosten OGS um 48 %
- Anstieg der Zinsaufwendungen um 43 % (der Anstieg der haushaltswirtschaftlich unkritischen, da im Gebührenrecht verankerten

Zinsen im Abwasserbereich beträgt lediglich 10,8 %)

- Anstieg des EDV-Aufwands um 28%
- Anstieg der Unterhaltungsaufwendungen um 14 %

und letztlich:

- Anstieg der Personal- und Versorgungsaufwendungen um 3,6 %

Somit wird sichtbar, wie vielschichtig die Auswirkungen von außen auf den Haushalt sind. Tarifliche Steigerungen zum teilweisen Ausgleich der inflationsbedingten Belastungen hinterlassen in nahezu allen Aufwandspositionen Spuren. Hinzu kommen Transformationserfordernisse wie die Digitalisierung, gesetzliche Rahmenbedingungen, wie die Verpflichtung, OGS-Betreuungsplätze vorhalten zu müssen und das deutlich angestiegene Zinsniveau. Das Geld ist teurer geworden; und das wird sich auch mittelfristig auswirken, wenn neue Projekte finanziert und Darlehen prolongiert oder umgeschuldet werden müssen.

Doch was können die Schlußfolgerungen sein? Hinzuweisen ist darauf, dass wir im interkommunalen Vergleich immer noch gut dastehen. Wir hatten und haben die Möglichkeiten, Projekte umzusetzen, um die uns andere Kommunen unserer Größenordnung beneiden, wie der Neubau des Aqua Fun und die Sanierung von Sportstätten und Schulen.

Gleichzeitig haben wir aber noch immer einen hohen Investitionsbedarf, sogar teilweise einen Investitionsstau. Auch bei den Instandhaltungen des Straßenvermögens haben wir über Jahre hinterhergehinkt. Zwar ist die Reinvestitionsquote von 260% beachtlich und auch die vergangenen Jahre bis einschließlich 2016 zeigen, dass wir mehr investiert haben, als als planmäßiger Werteverzehr abzuschreiben war. Allerdings ist unser anlagenintensives Abwasservermögen auch Teil des Kernhaushaltes und verzerrt somit partiell das Bild.

Mit Blick auf die Schullandschaft besteht an allen Grundschulstandorten dringender Investitionsbedarf, um die Schulgebäude an die aktuellen Gegebenheiten und Bedarfe anzupassen. Hier darf aus Sicht der FDP nicht gespart werden, auch wenn es günstiger gewesen wäre, bereits zu Zeitpunkten tätig geworden zu sein, zu denen die Fremdfinanzierung noch günstiger gewesen ist. Eventuell hilft und die eintrübende Baukonjunktur, die höheren Zinsbelastungen durch attraktivere Angebotsabgaben, teilweise kompensieren zu können.

Auch die Ortskerngestaltung in Kirchlengern steht oben im Maßnahmenkatalog. Ein Blick in andere Kommunen in naher Nachbarschaft zeigt auf, wie attraktive Aufenthaltsqualitäten im öffentlichen Raum, barrierefreie Erreichbarkeiten und verkehrsberuhigende Maßnahmen gestaltet werden können.

Gleichzeitig wird auch die Liste der instandhaltungsbdürftigen Straßen nicht kürzer. Der insgesamt schlechte Zustand, vor allem auch vieler Nebenstrecken und Wege, wird jeden Winter schlechter. Hier ist es erfreulich, dass die Erhöhung im Stellenplan personelle Perspektiven bietet, um Maßnahmen mit den vorhandenen Mitteln schneller umsetzen zu können.

Daher fällt es grundsätzlich schwer, Einsparpotentiale aufzuzeigen. Viele der

erwähnten Maßnahmen sind sogar mit hohen Investitionen verbunden, die sich über lange Abschreibungsdauern weniger auf das Ergebnis, aber durch die Mittelbedarfe direkt auf die Finanzrechnung auswirken. Auch die Durchsicht der investiven Positionen für 2024 zeigt meiner Meinung nach keine wesentlichen Einsparmöglichkeiten auf.

Insgesamt gilt es, Augenmaß zu bewahren und Aufwendungen und Subventionen kritisch zu hinterfragen. Positiv ist hier der Antrag der UWG hervorzuheben, die Musikschulgebühren zu erhöhen. Festzuhalten ist aber auch: die großen Potentiale werden sich nicht heben lassen. Dafür ist das Spielfeld zu klein, das wir bespielen können. Pflichtmaßnahmen, Vorgaben des Landes und des Bundes, machen den Großteil unserer Belastungen aus. Wir haben vor Ort lediglich die Möglichkeit, die freiwilligen Aufwendungen zu hinterfragen oder auf der Einnahmenseite tätig zu werden.

Das künftige Ziel von uns Ratsmitgliedern als bürgerlicher Aufsichtsrat der Verwaltung muss daher in gewisser Weise auch ein Korrektiv sein, um Ausgaben bürgergerecht und zukunftsgerecht zu kanalisieren. Denn auch das sei gesagt, vieles liegt noch im Argen. Als Bürger einer ländlichen Gemeinde keinen Kindergartenplatz für sein Kind zu bekommen, während sämtliche Bekannten, sei es in Köln, Frankfurt oder Berlin, einen erhalten verwundert schon und zweifelt an der Lebensqualität vor Ort. Vermutlich ist deshalb die Jugendamtsumlage an den Kreis so hoch, um die Kompensationen an die Betroffenen leisten zu können.

Insgesamt muss aber auch optimistisch in die Zukunft geschaut werden. Für eine Gemeinde unserer Größe stehen wir im interkommunalen Vergleich meiner Meinung nach gut da. Wir haben ein Kulturprogramm, das mit kleinem Geld einiges auf die Bühne bringt. Wir sind trotz allem ein attraktiver Wohn- und Gewerbestandort, was sich in der Grundstücksnachfrage niederschlägt. Wir haben eine gute Infrastrukturanbindung durch die Bahnstrecke und die Autobahnauffahrt und wir sind haushaltsmäßig grundsätzlich solide aufgestellt, was die gute Eigenkapitalhinterlegung aufzeigt.

Zwar hat die FDP nicht alle beschlossenen Maßnahmen mitgetragen, die sich im Haushalt widerspiegeln, wie bspw. die Sanierung der Sporthalle in der Mark. Allerdings kann dies aus unserer Sicht kein Grund sein, dem Haushalt nicht zuzustimmen. Die Verwaltung muss handlungsfähig sein, um agieren zu können. Verantwortungsvolle Ratsarbeit bedingt Kompromisse. Alle mehrheitlich beschlossenen und damit demokratisch legitimierten Projekte sind daher auch auf eine finanzielle Grundlage zu stellen.

Von daher kann ich dem Haushalt guten Gewissens zustimmen.

Hinweisen möchte ich aber abschließend noch auf zwei Punkte. Zum einen wurde der Haushalt meiner Meinung nach viel zu spät aufgestellt. Mehr als ein Viertel des Jahres ist bereits vergangen. Gesetzesnovellen dürfen meiner Meinung nach nicht dazu führen, dass ein so langer Zeitraum ohne fundierte haushaltsmäßige Grundlage vergehen kann. Zum anderen kann, wie ich auch schon in vergangenen Jahren erwähnt habe, das Haushaltsbuch durchaus etwas gekürzt werden. Ich habe auf jeden Fall nicht alles gelesen und ich vermute, einige andere Ratsmitglieder auch nicht. Ich weiß nicht, ob ein so umfangreiches Werk wirklich die Transparenz erhöht.

Bedanken möchte ich mich bei allen Mitgliedern der Verwaltung, die an der Aufstellung mitgewirkt haben, insbesondere aber bei Herrn Busse, der das umfangreiche Werk unter Berücksichtigung zahlreicher externer Orientierungsdaten solide und in gewohnt gut lesbarer Qualität und Genauigkeit erstellt hat und der uns in seinem Vortrag durch das Zahlenwerk geführt hat.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.